

Erneuerung und Kontinuität

Zur programmatischen Neuorientierung der Gewerkschaftsbewegung

Dr. Klaus Lang, geb. 1943 in Iglau, Studium der Theologie, Psychologie und Philosophie in Graz, Wien und Bonn, ist Leiter der Abteilung 1. Vorsitzender beim Vorstand der IG Metall.

Reinhard Kuhlmann, geb. 1946 in Rheine/Westf., Studium der Wirtschaftswissenschaften in Tübingen, ist Leiter der Abteilung Grundsatz beim Vorstand der IG Metall.

Schlechte Zeiten für Gewerkschaftsreform?

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Mitgliedsgewerkschaften haben sich für ihre notwendige Erneuerung anscheinend eine ungünstige Zeit ausgesucht: Die zukunftsorientierten Diskussionen um die Erneuerungsansätze in den achtziger Jahren sind zunächst durch die Erfordernisse, die deutsche Einheit zu bewältigen, abgelöst worden. Jetzt geraten sie in die Mühle von Spar- und Konsolidierungsprogrammen. Die Kärnerarbeit, die Gewerkschaften in Ostdeutschland geleistet haben, ist bis heute kaum zureichend gewürdigt worden. Ihre Folgen werden inzwischen in der gewerkschaftsgegnerschen, aber auch in der gewerkschaftsfreundlichen Öffentlichkeit teilweise sogar gegen die Gewerkschaften gewendet.

Wie sehen die Fakten aus? Die Gewerkschaften haben das Tarif System entwickelt und verlässliche Einkommensperspektiven durchgesetzt, Strukturkonzepte erarbeitet sowie Arbeits- und Beschäftigungsgesellschaften erreicht, sind die größte Arbeitslosenorganisation und haben betriebliche Vertretungsstrukturen aufgebaut. Sie haben insgesamt die größte Integrationsleistung aller gesellschaftlichen Gruppen vollbracht, den wichtigsten Beitrag zur inneren Verwirklichung der deutschen Einheit erbracht, soziale Explosionen verhindert und das Abgleiten in noch mehr Resignation und Reaktion eingegrenzt. Dadurch ist für alle Gewerkschaften ein historischer Höchststand der Mitglieder nach 1945/49 erreicht worden.

Der Rückgang an Mitgliedern, der neuerdings eintritt, wird gegen die Gewerkschaften gewendet. Obwohl der Mitgliederrückgang im Westen geringer ist als der Abbau an Arbeitsplätzen, ist von dramatischen Mitgliederverlusten die Rede, so als ob Zielsetzungen, Tarifpolitik und Alltagshandeln der Gewerkschaften in den Betrieben nicht den Interessen der arbeitenden Menschen entsprächen. Dabei wird übersehen, daß es keine Austrittswellen gibt. Im Gegenteil, der Rückgang der Mitglieder ist geringer als der Rückgang der Beschäftigten, so daß der Organisationsgrad zum Teil sogar steigt.

Der Mitglieder- und Beitragsrückgang auf der einen und die Sprengkraft gestiegener Ausgaben für die Aufbau- und Integrationsleistung der Jahre 1989 bis 1993 (Ausweitung des Personalbestandes und Ausbau der Gewerkschaftsstrukturen) auf der anderen Seite haben eine Kostenklemme verursacht und wirken nunmehr negativ zurück.

Die Reformdiskussion scheint sich auf Überlegungen zum Personalabbau und zur finanziellen Konsolidierung zu beschränken. Darüber hinaus wird bei der öffentlichen Darstellung des DGB manchmal der Eindruck erweckt, es handele sich bei Gewerkschaften um Verliererorganisationen, die im fortwährenden und unaufhaltsamen Niedergang begriffen seien.

Probleme sollen hier keineswegs geleugnet werden. Allerdings gilt es auch, der Schwarzmalerei entgegenzuwirken:

- Im Osten Deutschlands haben die Gewerkschaften die erwähnten tarif- und organisationspolitischen Leistungen erbracht und neue Ansätze der Beschäftigungs- und Industriepolitik durchgesetzt.
- Im Westen Deutschlands haben die Gewerkschaften ihre Gestaltungskraft behauptet und mit der „Zukunftsdiskussion“ neue Konzepte der Industrie-, Tarif- und Betriebspolitik (Tarifreform 2000, DEC-Streik, VW-Abschluß etc.) auf den Weg gebracht.

Der DGB und die Einzelgewerkschaften können sich die Zeit für ihre Erneuerung nicht aussuchen. Die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbrüche sowie die Beitrags- und Mitgliederentwicklungen unterstreichen die Dringlichkeit der Erneuerung. Dabei ist allerdings auch die Beitrags- und Kostensituation zu berücksichtigen. Gewerkschaften in Deutschland finanzieren sich praktisch ausschließlich aus Mitgliedsbeiträgen. Gerade darin hegt auch ihre Stärke. Würden sie auf die Dauer mehr ausgeben als einnehmen, wären sie rasch handlungs- und kampfunfähig. Dies gilt auch für den DGB. Wer dessen Reform und die finanzielle Konsolidierung als Gegensätze sieht, muß sagen, wo das Geld herkommen soll, um den Personalbestand zu halten und auszubauen, um die Präsenz in der Fläche zu erweitern und um sein Aufgaben- und Handlungsspektrum zu vergrößern.

Welches sind die Ziele und Grundlagen der programmatischen Erneuerung?

Die Diskussion um Funktionsverlust und Funktionswandel der Gewerkschaften ist nicht neu. Auch als Reaktion auf den „Dinosaurier-Vorwurf“ wurden in den achtziger Jahren Zukunftsdebatten begonnen und Erneuerungsprozesse eingeleitet.

Heute haben sich die Herausforderungen für gewerkschaftliches Handeln zum Teil dramatisch zugespitzt - bis hin zur Gefahr eines tiefgreifenden Funktionsverlustes. Das Drohpotential des real existierenden Kapitalismus gegen den Sozialstaat ist ernst zu nehmen. Er ist bislang jeden Beleg dafür schuldig geblieben, die „Klassen“- und die Gattungsfragen wirklich lösen zu können.

Das deutsche Gewerkschaftsmodell hat keine „Ewigkeitsgarantie“, wie allein ein Blick in das europäische Ausland zeigt. Das hat weniger mit der inneren Schwäche der Gewerkschaften zu tun, sondern vor allem mit der Auflösung sozialstaatlicher Strukturen unter dem Druck verschärfter Weltmarktkonkurrenz. Es hängt auch zusammen mit dem zunehmenden Druck ungelöster ökologischer Probleme - die durch einen ungebrochenen „Industrialismus“ noch verschärft werden.

Eine programmatische Diskussion und Orientierung der Gewerkschaften fordert daher die Frage nach der Zukunft industrieller Beziehungen und der sozialstaatlichen Perspektive heraus, mehr denn je auch in einem internationalen Horizont.

Auf diesem Hintergrund stellt sich die Frage, was mit der programmatischen und organisatorischen Erneuerung erreicht werden soll. Die Antwort ist zunächst einfach: Die Gewerkschaften sollen für mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (sowohl für solche, die schon Mitglieder sind als auch für solche, die es noch nicht sind) als wirksame, ihnen dienende und für sie nützliche Interessenvertretung und Gestaltungskraft in der Erwerbsarbeit und im dazugehörigen Umfeld begriffen werden. Gewerkschaften sollen fähig bleiben, Tarifverträge zur Gestaltung der Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen auch unter geänderten Umständen zu schließen und damit den betrieblichen und industriellen Wandel sozial und ökologisch beeinflussen und gestalten. Gewerkschaften sollen für die Mitglieder in den Betrieben, für Vertrauensleute, Betriebsräte der erste und kompetente Ansprechpartner sein, wenn es darum geht, sie in ihrer Arbeit zu unterstützen und sie zu befähigen, ihre Alltagsarbeit selbstbewußt und solidarisch zu erfüllen. Gewerkschaften sollen im politischen und gesellschaftlichen Bereich ein ernstzunehmender Gesprächs- und Bündnispartner für alle gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere für die politisch gestaltenden Parteien sein und eine mobilisierungsfähige Einflußmacht für alle Politikfelder.

Die programmatische Neuorientierung ist durch die längerfristigen Umbrüche und die aktuellen Krisen gleichermaßen bedingt. Wenn sich nichts geändert hätte, brauchten wir kein neues Programm. Für die Notwendigkeit programmatischer Neuorientierung sehen wir drei Ursachenbündel:

- das Zusammenbrechen des „realen“ Sozialismus mit allen Folgen für die politische und ideologische Orientierung,
- die gerade auch dadurch veränderten globalen Konkurrenzbedingungen,
- der Wandel von Produktionstechnik, Arbeitsorganisation und Sozialstruktur sowie die Veränderungen von Orientierungen und Verhaltensmustern bei den Menschen.

Ein erster Grund für ein neues Programm ist das Scheitern des Realsozialismus und der Abschied von „falscher“ Utopie. Machen wir uns nichts vor: Für viele Gewerkschaftsfunktionäre — haupt- wie ehrenamtliche und einen Teil aktiver Mitglieder - war „Sozialismus“ - definiert durch das gesellschaft-

liehe Eigentum an (den wichtigsten) Produktionsmitteln, den Ausschluß von (offener) Arbeitslosigkeit und die Garantie bestimmter Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen ohne jeden Bezug zur einzelbetrieblichen und gesamtwirtschaftlichen Produktivität - eine mehr oder weniger klare Orientierungsgröße.

Das Scheitern der Staaten des realen Sozialismus einschließlich aller Folgeprobleme, die ja erst durch das Scheitern vollständig offengelegt wurden, hat gezeigt, daß diese Prinzipien selbst in Verbindung mit einem größeren Maß an „bürgerlichen Freiheiten“ nicht tragen oder damit unvereinbar sind.

Ein zweiter Ursachenbereich für programmatische Orientierungen sind die nach dem Wegfall der „Systemkonkurrenz“ veränderten Konkurrenzbedingungen gerade für Deutschland gegenüber West und Ost. Wir haben eine verschärfte Qualitäts-, Innovations- und Kostenkonkurrenz in bezug auf die Industrieregionen der Triade festzustellen; es besteht eine zum Teil brutale Kostenkonkurrenz in bezug auf den Osten; das System internationaler Arbeitsteilung wird neu justiert.

Ein drittes Ursachenbündel ist im wirtschaftlichen, betrieblichen und gesellschaftlich-sozialen Wandel in den „westlichen“ Gesellschaften zu sehen, der schon längerfristig wirksam ist, aber unter den akuten Konkurrenzbedingungen vollends zum Tragen kommt. Anstelle der starren und arbeitsteiligen ist die flexible, qualifizierte, in Gruppen organisierte Massenproduktion getreten. Flexible Fertigung prägt auch kleine und mittlere Unternehmen. Die Fabrik der neunziger Jahre unterscheidet sich von jener der sechziger Jahre nach äußerer Gestalt und innerer Struktur grundlegend. Aber nicht nur das betriebliche, sondern auch das gesellschaftliche Milieu der Erwerbsarbeit hat sich geändert - alte Unterschiede sind weggefallen, neue Differenzierungen entstanden. Eine Orientierungskrise für Gewerkschaften sowie viele Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, aber vor allem für Funktionäre, ist die Folge.

Wo liegen in dieser Situation die möglichen Grundlagen für die programmatische Erneuerung der Gewerkschaften? Natürlich sind die Ideologien vom „Endsieg des Kapitalismus“ und vom „Ende der Geschichte“ keine Antwort. Das wäre eine ebenso totalitär verblendete Vorstellung wie die vom Kommunismus als gesellschaftlichem End- und diesseitigem Heilszustand. Aber eine kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auf der Basis des Privateigentums an Produktionsmitteln, politische Demokratie und gesellschaftliche Gewaltenteilung bleiben wohl auf absehbare Zeit der Handlungsrahmen für die Gewerkschaften im nationalen und im internationalen Bereich. Gerade weil damit kein geschichtlicher und gesellschaftlicher „Endzustand“ gekennzeichnet ist, bleibt gewerkschaftliches Handeln für die Veränderung dieser Gesellschaftsformation nicht nur offen, sondern ist geradezu auf ihre Entwicklung und Gestaltung ausgerichtet.

Grundlagen für eine programmatische Erneuerung in diesem Sinne könnten folgende Momente sein:

- Eine Analyse der Gesellschaft, die den prägenden Charakter der Stellung des Menschen im Produktionsprozeß für Lebens-, Teilhabe- und Gestaltungschancen und somit den Einfluß wirtschaftlicher Macht auf die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse nicht außer acht läßt, sondern zum Ausgangspunkt von Handlungsstrategien macht. Daraus ergibt sich, daß der Einfluß auf die wirtschaftliche Verfügungsmacht und ihre demokratische Gestaltung für die Gewerkschaften ebenso wichtig bleibt wie die Erhaltung und Entwicklung der politischen Demokratie.
- Ein politisches Programm „negativer Dialektik“, die befähigt festzustellen, was ungerecht, unmenschlich oder unzumutbar ist - ohne mit dem Anspruch verbunden zu sein, im Umkehrschluß eine privilegierte Sicht als einzig richtigen Weg zu haben.
- Ethisches Fundament könnten schließlich die „Prinzipien Hoffnung und Verantwortung“ im Sinne einer konkreten Zukunftsvision sein, die sich an den Grundwerten Demokratie und Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität orientiert.

Die veränderten weltweiten Konkurrenzbedingungen müssen insofern ihren programmatischen Niederschlag finden, als die internationale Dimension bei der sozialen Gestaltung der Rahmenbedingungen bei allen Schwierigkeiten stärker und systematisch in den Vordergrund gerückt werden muß. Gewerkschaften sind angetreten, für einen bestimmten Lebens- und Wirtschaftsraum, für einen bestimmten „Arbeitsmarkt“ relativ einheitliche Entlohnungs-, Arbeits- und Sozialbedingungen durchzusetzen - sei es durch gesetzliche Regelungen, sei es durch Tarifverträge. Nationale soziale Schutzgesetze und tarifliche Gestaltungsbedingungen zu verteidigen, ist sicherlich kurzfristig das Gebot der Stunde. Mittel- bis langfristig müssen sich die Gewerkschaften darauf einlassen, durch einheitliche Schutz- und Gestaltungsregelungen zentrale Arbeits- und Unternehmensbereiche nicht nur der zwischenbetrieblichen Konkurrenz innerhalb eines Landes, sondern auch der zwischenbetrieblichen Konkurrenz über Ländergrenzen hinaus zu entziehen.

Die veränderten Produktions- und Arbeitsstrukturen verlangen, neben der Befähigung zur konsequenten Interessenvertretung, die „Sozial- und Prozeßkompetenz“ aller Beteiligten, z. B. der haupt- ebenso wie der ehrenamtlichen Funktionäre zu stärken, d. h. ihre Fähigkeit, orientiert an Grundwerten und Zielvorstellungen, im Einzelfall das Richtige zu tun. Qualifikation und Autonomie, Kritikfähigkeit und Selbstbewußtsein, Selbständigkeit im Denken und im Handeln für die einzelnen, aber auch für Gruppen, das sind Werte und Kompetenzen, die der gewerkschaftlichen Vorstellung vom Menschen entsprechen. Wenn sie gestärkt werden, kann sich das nicht gegen die Gewerkschaften richten, auch wenn es für sie schwierig ist, die „Solidarität der Einzelgänger“, gemeinsames Handeln selbstbewußter Individuen zu organisieren.

Die gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland, aber auch der betriebliche Alltag bieten mit ihren offenkundigen Mißständen, Ungerechtigkeiten, kleinen und großen Katastrophen tagtäglich praktisches Anschauungsmate-

rial genug, um deutlich werden zu lassen, daß eine vom Kapitalismus geprägte Wirtschaft und Gesellschaft nicht die beste aller Welten bietet, sondern fundamental veränderungsbedürftig ist und bleibt. Diese Arbeit muß ohne die klare Heilsgewißheit des besseren Weges, ohne Wissen um eine geschlossene gesellschaftliche Systemalternative geleistet werden. Allerdings sollte nicht verkannt werden, daß, national wie international, keineswegs alles für alle schlechter wird, sondern vieles für sehr viele auch besser wird und geworden ist. Das kann weder über die wachsende Spannung und Spaltung zwischen Nord und Süd, noch über den kaum gebremsten Raubbau an Natur und Umwelt hinwegtäuschen. Es bleibt die Erkenntnis: Wird die einzelwirtschaftliche Logik verabsolutiert, fördert das die soziale und ökologische Irrationalität.

Wozu ein Programm?

Die Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften hängt offenkundig vorrangig von ihren Programmen ab. Zwar hat Herbert Wehner einmal im Blick auf politische Parteien und vor allem auf den damaligen Zustand der Unionsparteien festgestellt, daß die Programmfähigkeit einer Partei die Voraussetzung für ihre Politikfähigkeit sei. Andererseits zeigt die Entwicklung der vergangenen Jahre, daß Grundsatzprogramme von Parteien eine immer kürzer werdende Halbwertszeit haben. Die CDU entwickelt ihre Regierungs- und Fraktionspolitik weitab von formulierten programmatischen Vorstellungen; die Programmatik der F.D.P. ist weithin unbekannt; das „Berliner Programm“ der SPD wurde praktisch unmittelbar nach seiner Verabschiedung zu den Akten gelegt. Das alles ermuntert nicht dazu, sich an neue programmatische Grundsatztexte zu machen. Andererseits kann ein Programm nützliche Funktionen ausüben: Es kann und soll den Mitgliedern die wichtigsten grundlegenden Ziele der Gewerkschaftsbewegung nahebringen. Es ist Interpretationsrahmen für konkrete Schutz- und Gestaltungspolitik. Es kann ergänzend zur alltäglichen praktischen Politik Nichtmitgliedern nahebringen, warum sie in eine Gewerkschaft eintreten sollen. Und es kann und soll schließlich für die Funktionäre eine Plattform der Grundlagen und Ziele ihres Handelns bieten. Die Arbeit an einem Programm dient der Verständigung.

Vielleicht ist die zuletzt genannte Funktion die wichtigste. Dabei kommt es nicht nur auf das Ergebnis als vielmehr auf den Prozeß der Erarbeitung eines solchen Programms, der gleichzeitig ein Prozeß der Selbstverständigung ist, an. So wie der DGB den Prozeß der Erarbeitung des Programms angelegt hat, kann und soll er darüber hinaus der Prozeß der Verständigung des DGB mit seiner Umwelt, mit anderen gesellschaftlichen Gruppen und Kräften sein.

Alles spricht dafür, einen neuen programmatischen Text nicht auf die umfassende Deutung sämtlicher Gegenwarts- und Zukunftsprobleme hin zu konzipieren, sondern zu versuchen, in einfachen und klaren Aussagen die Grundideen der Gewerkschaftsbewegung am Ende des 20. Jahrhunderts zu formulieren, die über die Jahrhundertwende hinaus Bestand haben können.

Grundzüge eines Programms

1. Interessen der abhängig Beschäftigten vertreten

Gewerkschaften sind die Interessenvertretung derer, die ihren Lebensunterhalt im wesentlichen durch abhängige Beschäftigung erwerben oder erwerben wollen. Dieser Kerngedanke von Gewerkschaftsbewegung als Selbstorganisation und Selbsthilfeorganisation der abhängig Beschäftigten (und der Arbeitslosen) darf nicht vergessen werden. Das Spezifikum der Gewerkschaften ist die Interessenvertretung und die Gestaltung der Erwerbsarbeit als abhängige Arbeit, die Einflußnahme auf die Produktions- und Arbeitsverhältnisse, die Gestaltung der Betriebe und der Verwaltungen und die Einflußnahme auf Wirtschaft und Gesellschaft in allen Politikbereichen aus dem Blickwinkel der Erwerbsarbeit bzw. der abhängig Beschäftigten und ihrer sozialen Interessen. Paritätische Mitbestimmung in der Wirtschaft und die demokratische Gestaltung des Arbeitsalltags ebenso wie der Investitions- und Produktionsentscheidungen bleiben zentrale gewerkschaftliche Forderungen.

Die Gewerkschaften sind und bleiben in dem Sinn klar abgrenzbare Interessenorganisationen, die ihre Ziele, Vorstellungen und Forderungen auch in Auseinandersetzung mit und notfalls im Konflikt zu den Interessen anderer gesellschaftlicher Gruppen durchsetzen wollen und durchsetzen müssen. Es bleibt bei Interessengegensätzen zwischen „Arbeit“ und „Kapital“ — ob es sich um „selbständige“ Eigentümer oder Repräsentanten von Kapitalgesellschaften handelt. Dies schließt gemeinsame Interessen nicht aus - auch sie sind Grundlage für Konflikt und Konsens im gesellschaftlichen Wandel.

Die Interessen der abhängig Beschäftigten haben aufgrund ihres quantitativen und qualitativen Gewichts eine erhebliche strategische Bedeutung für die gesamtgesellschaftliche Interessenlage und repräsentieren in einem sehr hohen Maße das Gemeinwohlinteresse. Aber die Gewerkschaften müssen sich auch vergegenwärtigen, daß sich „Gemeinwohl“ nur dadurch verwirklicht, daß Interessengegensätze ausgetragen und in Wirtschaft und Gesellschaft aufgrund von definierten Verfahrens- oder Spielregeln Kompromisse gefunden werden.

Als Interessenvertretung derer, die in Erwerbsarbeit abhängig beschäftigt sind, ist für die Gewerkschaften die „Vollbeschäftigung“ unaufgebbare Zielsetzung und Orientierung. Bis heute sind die produzierten (und verkaufbaren) Güter und Dienstleistungen Grundlage des individuellen und des gesellschaftlichen Reichtums. Eine Rückkehr zu einem historisch früher liegenden Status der Gesellschaft ist weder realisierbar noch wünschenswert. Alle anderen über Steuern oder Abgaben finanzierten Einkommen sind Ergebnis von politisch gewollter Verteilung und müssen in irgendeinem Bereich durch die Produktion sowie den Verkauf von Gütern oder Dienstleistungen „erarbeitet“ werden.

Daher ist es auch richtig, daß die grundlegende materielle und soziale Sicherung in einer Gesellschaft nach wie vor auf die Möglichkeit zielt, seinen

Lebensunterhalt durch (abhängige) Erwerbsarbeit auch verdienen zu können. Es macht keinen Sinn, das notwendige Umverteilungsvolumen (und damit auch die Staatsquote) zu erhöhen, um für eine bestimmte Zahl oder für alle Menschen zwischen 16 und 65 theoretisch und praktisch ein staatliches Grundeinkommen zu realisieren.

Natürlich unterhegt die „Vollbeschäftigung“ selbst dem gesellschaftlichen Wandel. Veränderbare Größen sind dabei z. B. die Dauer der Arbeitszeit und des Arbeitslebens, die Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse und der Anteil des öffentlich beeinflussten Sektors durch direkte Beschäftigung (öffentlicher Dienst) oder öffentlich geförderte Beschäftigung. So kann z. B. durch die Verkürzung und Verteilung der Arbeitszeit, durch die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse oder einen höheren Anteil an öffentlich geförderter Beschäftigung das Vollbeschäftigungsziel realisiert werden. Nur wer in statischen Kategorien, z. B. in unveränderbaren „Normalarbeitszeiten“ oder „Normalarbeitsverhältnissen“ denkt oder alle Formen off entlich geförderter Beschäftigung (und die Ausweitung dieses Sektors) ausschließt, muß das Vollbeschäftigungsziel aufgeben.

Gewerkschaften müssen weiterhin dafür eintreten, daß es für alle Menschen in einem bestimmten Lebensalter, d. h. zwischen 16 oder 18 und 63 oder 65 Lebensjahren, die Möglichkeit abhängiger Beschäftigung gibt. Für die Gewerkschaftsbewegung bedeutet das zum einen die Konzentration auf die Kernaufgaben, schließt aber natürlich erweiterte Beteiligungs-, Mitbestimmungs- und Gestaltungsansprüche in den Betrieben und Verwaltungen und im Hinblick auf den gesamten Prozeß zur Erstellung von Gütern und Dienstleistungen bis hin zu Produktions-, Industrie- und Strukturpolitik ein.

Dieses Verständnis setzt voraus, daß Gewerkschaften auf allen Handlungsebenen kooperations- und konfliktfähig bleiben, um die Interessen, die sie vertreten, auch bei ihnen nicht gerade wohlgesonnenen politischen Mehrheiten und gegen wirtschaftliche Macht der Arbeitgeberverbände durchzusetzen. Unter dieses Aufgabenfeld fällt wirtschafts- und industriepolitisches Engagement ebenso wie tarif- und betriebspolitische Gestaltung.

2. Offenheit und Bündnisfähigkeit

Die Einflußnahme auf die und die Gestaltung der Bedingungen abhängiger Beschäftigung, auf die Produktionsbedingungen von Gütern und Dienstleistungen, auf die Produktions- und Arbeitsverhältnisse sowie auf alle Politikbereiche unter dem Blickwinkel abhängiger Beschäftigung, ist ein zweites Arbeits- und Aufgabenfeld für die Gewerkschaftsbewegung.

Gewerkschaften sollten sich allerdings nicht einbilden, daß sie in jeder Bewegung sozialen Fortschritts die erste Geige spielen oder immer schon gespielt haben. Gewerkschaften sind, gemäß ihres Selbstverständnisses, Teil und Motor einer Menschenrechtsbewegung. Gewerkschafts- und Arbeitnehmerrechte sind in jeder gesellschaftlichen Situation elementare individuelle

und soziale Grundrechte. Allerdings bedeutet dies keineswegs, daß Gewerkschaften immer an erster Stelle stehen, wenn es um das Engagement gegen Unterdrückung und Benachteiligung aus rassistischen, religiösen oder geschlechtsspezifischen Gründen geht. Gewerkschaften müssen sich gefallen lassen, von anderen Gruppen, in der Regel quantitativ nicht so bedeutend, herausgefordert zu werden und sich auch entsprechend im positiven Sinne herausfordern zu lassen.

Gewerkschaften sind Teil der Friedensbewegung, aber nicht ihr Motor. Natürlich werden militärische Konflikte und Kriege immer auf dem Rücken von abhängig Beschäftigten und ihren Familien ausgetragen. Die Mitglieder von Gewerkschaften konstituieren sich aber eben nicht als Friedensbewegung, und Gewerkschaften haben in einem oft mühsamen Prozeß z. B. die Beschäftigungs- und Produktionsinteressen mit den Interessen an Abrüstung und Entmilitarisierung abzugleichen und abzuwägen.

Gewerkschaften sind der Gleichstellung von Frauen und Männern verpflichtet. Sie haben sich von Anfang an für die Gleichberechtigung der Frauen in der Erwerbsarbeit und in allen gesellschaftlichen Bereichen stark gemacht. Aber sie sind eben auch nicht Motor der Frauenbewegung und haben in ihren eigenen Bereichen die Gleichberechtigung und Gleichstellung längst nicht verwirklicht, sondern sind genauso schwach oder stark „Männergesellschaften“ wie andere gesellschaftliche Großorganisationen auch.

Gewerkschaften nähern sich der Umweltbewegung, ohne den Anspruch haben zu können und zu müssen, an ihrer Spitze zu stehen. Arbeits- und Produktionsbedingungen müssen heute auch unter ökologischen Aspekten gesehen werden, aber die Gewerkschaften haben die Ökologie-Problematik nicht entdeckt und stehen immer in einem Prozeß der Interessenabwägung.

Gewerkschaften gewinnen ihre Identität stets aus der Interessenvertretung von Arbeit. Mehr denn je kommt es für sie außerdem darauf an, darüber hinaus die Offenheit zu und die Bündnisfähigkeit mit anderen gesellschaftlichen Bewegungen und Gruppierungen zu bewahren und zu erweitern, die gesellschaftlichen Fortschritt verkörpern.

3. Zukunft des (Sozial-) Staates - neues Regulierungsmodell

Der dritte große Bereich programmatischer Vorstellungen und praktischen Handelns der Gewerkschaft ist die Ausgestaltung und Weiterentwicklung des Sozialstaates. Dazu gehört auch die Gestaltung der industriellen Beziehungen selbst.

- Sozialstaat heißt die verfassungsmäßige Garantie für
- soziale Mindestsicherung in allen Lebenslagen in Verbindung mit abhängiger Beschäftigung;
 - die Verankerung sozialer Grundrechte;
 - die Verwirklichung von Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit in

allen gesellschaftlichen Bereichen, also z. B. bei der Bildung ebenso wie bei der Kultur;

- die Gestaltung eines Rahmens für die industriellen Beziehungen auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene, die auf einen paritätischen Interessenausgleich zielen;
- die Gewährleistung einer Infrastruktur lebenswichtiger humaner und sozialer Güter, Dienstleistungen und des gleichen Zugangs für alle Menschen (z. B. Wasser, Energie, Telefon, Postzustellung, Verkehrsinfrastruktur, Wohnung) durch die öffentlichen Hände.

Die sozialstaatliche Ausgestaltung und Entwicklung bedeutet, daß sich auch sozialstaatliches Handeln und staatliche Gewährleistungen bestimmter Infrastrukturen und Dienstleistungen unter Kosten- und Effizienzaspekten verantworten müssen. Nicht nur „lean production“ und „lean management“, sondern auch „lean administration“ ist gefordert.

Für die konservative Politik steht nicht der Umbau, sondern der Abbau des Sozialstaates auf der Tagesordnung. „Privatisierung“ ist nicht der bessere Vollzug öffentlich garantierter Leistungen, sondern ihr Wegfall. Gerade hier sind die Gewerkschaften gefordert, ihre Vorstellungen der Weiterentwicklung des Sozialstaates zu konkretisieren. Für die industriellen Beziehungen gilt es sicherzustellen, daß die Betriebsverfassung mit einer starken betrieblichen Interessenvertretung und die Tarifautonomie - mit uneingeschränktem Streikrecht und Verbot der Aussperrung - erhalten bleiben bzw. durchgesetzt und weiterentwickelt werden.

4. Aufgabenerfüllung konsequent internationalisieren

Die Gewerkschaftsbewegung hat sich programmatisch immer als internationale Bewegung verstanden, praktisch dagegen weitestgehend national gehandelt. Heute stößt die nationale, betriebliche, tarifliche oder sozialstaatliche Regulierung immer stärker an ihre Grenzen. Es muß nicht wiederholt werden, wie die Internationalisierung des Kapitals, der Produktionsunternehmen und jetzt auch zahlreicher Dienstleistungen voranschreitet. Wenn es vor etwa 100 Jahren auf nationaler Ebene richtig war, durch gestaltende Regulierung elementare Arbeits- und Entlohnungsbedingungen sowie sozialstaatliche Bedingungen der zwischenbetrieblichen Konkurrenz zu entziehen, so gilt das heute für die europäische und darüber hinaus die internationale Ebene.

Darum müssen die Gewerkschaften ihr Augenmerk wesentlich stärker auf eine europäische Tarif- und Sozialpolitik, auf soziale Mindeststandards, etwa in internationalen Handelsabkommen wie dem GATT richten. Innerhalb des nächsten Jahrzehnts muß eine wirksame europäische Gewerkschaftsbewegung entstehen.

Es bleibt sicher richtig, daß auf internationaler Ebene nichts an Stärke gewonnen werden kann, was national nicht vorhanden ist. Es kann aber zunehmend durch Einflußlosigkeit auf internationalen Ebenen nationale Stärke

bedroht und verloren werden. Dies gilt auch für die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland ebenso wie für den Handlungs- und Gestaltungsspielraum betrieblicher Interessenvertretung. Gewerkschaftliches Handeln, das sich nur noch auf nationale Gesetze und Tarifverträge konzentriert, ist über kurz oder lang zum Scheitern verurteilt. Die Frage ist, ob ein Prozeß der Angleichung der Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen, den es mit großer Wahrscheinlichkeit geben wird, mit verringerter gewerkschaftlicher Einflußnahme einhergeht und damit letzten Endes gegen die Gewerkschaften verläuft oder von den Gewerkschaften in einem neuen Anlauf internationaler Zusammenarbeit mit beeinflußt werden kann.

5. Interessenpolitische Gestaltung des Wandels oder „Transformation“?

Die gegenwärtige Situation und die voraussichtliche Entwicklung kapitalistischer Gesellschaften weist fundamentale Defizite und Mängel auf, die zweifellos strukturell bedingt sind. Dies festzustellen ist allerdings müßig, solange keine anderen mehrheitsfähigen Strukturen und Systeme zur Verfügung stehen, die diese Mängel zweifelsfrei ausschließen, ja auch nur die gesicherte Chance ihrer dauerhaften Verringerung bieten.

Die Staaten des realen Sozialismus haben jedenfalls in zentralen Bereichen versagt, z. B. bei einer besseren Befriedigung gesellschaftlichen Bedarfs und individueller Bedürfnisse, bei einer humaneren Gestaltung der Arbeits- und Produktionsweise, bei einer geringeren Ausbeutung der Natur, einem sparsameren Einsatz von Rohstoffen sowie der Bewahrung und Erneuerung der Umwelt, bei der Gewährleistung einer ausreichenden Infrastruktur im Bereich von Wohnung, Verkehr, Telekommunikation etc. Die relative Ungleichheit war nicht wesentlich geringer als in vielen kapitalistischen Ländern - von unerträglicher Privilegienherrschaft, Staatswillkür und systematischer Bepitzelung ganz zu schweigen. Das alles ist kein Grund, kapitalistische Gesellschaften zu schonen und die Mißstände, die sie produzieren, nicht klar zu benennen, mit dem Ziel, sie mühsam und Schritt für Schritt abzubauen und eventuell zu beseitigen. Wenn dieses konkrete politische Handeln, das in vielen Bereichen zweifellos auf radikale Veränderung zielt, am Ende ein „anderes System“ mit sich bringt, wäre dagegen nichts einzuwenden.

Aber eine „Systemalternative“ ist nicht Selbstzweck; sie ist gegenwärtig nicht sichtbar. Eine Politik der Reformen erfolgt nicht mehr auf der Grundlage der Gewißheit, einige zentrale strategische Änderungsbereiche zu haben und dafür Mehrheiten zu schaffen - so daß mit ihrer erfolgreichen Veränderung ein Zustand ohne Mißstände, Ungerechtigkeit und Ungleichheit schon herbeigeführt wäre. Weder die Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln, weder Medien, die nur in öffentlich-rechtlicher Verantwortung stehen, weder die Absage an jede Form von privatem Schul- und Bildungswesen noch eine Vöübeschäftigungsgarantie mit Verfassungsrang werden gesellschaftliche Mißstände, ungleiche Verteilung von Ressourcen, Chancen und Eigentum auf einen Schlag und dauerhaft beseitigen.

Die Vision, die konkrete Utopie einer gerechten, menschenfreundlichen und durch und durch demokratischen Gesellschaft kann und muß beibehalten werden. Darauf hinzuarbeiten in der Mühsal tagtäglicher, betrieblicher, sozialer und gesellschaftlicher Auseinandersetzungen mag schwieriger geworden sein, weil ihr Charakter als Sisyphusarbeit, die nicht eines Tages gleichsam schlagartig zu Ende sein wird, stärker hervorgetreten ist.

Programm und Organisationsreform

Auch die organisatorische Erneuerung ist letzten Endes Teil einer programmatischen Reform des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Einzelgewerkschaften. Es geht darum, z. B. die Formen und Inhalte der Bildungsarbeit für Ehrenamtliche ebenso wie für Hauptamtliche zu verändern. Gefragt ist auf allen Ebenen mehr Prozeß- und Gestaltungskompetenz, die Fähigkeit zur selbstbewußten Kooperation, ohne den Interessenbezug aufzugeben. Gefragt sind z. B. Verwaltungs- oder Geschäftsstellen der Gewerkschaften oder sonstige „Dienstleistungszentren“, die Betriebsräte und Mitglieder kompetent beraten und unterstützen können. Gefragt sind Gewerkschaftsstrukturen, die auch im eigenen Bereich dezentrale Eigenständigkeit mit zentraler Koordination verknüpfen, die Aufgaben und Verantwortung „nach unten“ delegieren können, ohne die Stärke einer Gewerkschaftsbewegung, die im überbetrieblichen und im überregionalen Zusammenhalt hegt, aufs Spiel zu setzen.

Erneuerte Organisationsstrukturen und programmatische Zielsetzungen müssen darauf gerichtet sein, auch in neuen Industrie- und Dienstleistungsbereichen Mitglieder zu halten und mehr Mitglieder zu gewinnen. Sie müssen zum Ziel haben, neue Möglichkeiten und Formen der Beteiligung von Mitgliedern zu erschließen, und sie müssen im Blick haben, neue Formen zentraler und dezentraler Mobilisierung der Mitglieder möglich zu machen.

An der Schwelle des 21. Jahrhunderts müssen die Gewerkschaften alles daransetzen, ihren Stand an Mitgliedern zu halten, aber die Struktur ihrer Mitgliedschaft zu verändern: Ein höherer Anteil an aktiv Beschäftigten, an Angestellten, an Frauen und Jugendlichen, an Mitgliedern im „tertiären“ Sektor, in neuen produktionsnahen Dienstleistungsbereichen und in „Zukunftsindustrien“ ist das Ziel.

Weniger Abgrenzungen und mehr Zusammenschlüsse zwischen heute getrennten Gewerkschaften werden in Zukunft notwendig sein, um Gestaltungskraft zu sichern und auszubauen.

Der Ausbau der mitgliederbezogenen Dienstleistungen und „politischer Dienstleistungszentren“ auf regionaler Ebene für die Beratung von Mitgliedern, Vertrauenskörpern und Betriebsräten muß diskutiert werden.

Gewerkschaften bleiben die Selbstorganisation derer, die in abhängiger Erwerbsarbeit ihre Existenz sichern müssen, um ihre Interessen in bezug auf die Arbeitsverhältnisse umfassend wahrzunehmen, aber darüber hinaus auch

unter dem Blickwinkel von Erwerbsarbeit nicht nur Betriebe und Verwaltungen, Produkte und Produktionsverhältnisse, sondern auch die Gesamtgesellschaft sozial, human und ökologisch zu gestalten.